

POSTULAT von Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) und Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)

betreffend Klimaschutz: Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Bestandsaufnahme - Perspektiven

Der Regierungsrat wird eingeladen, den aktuellen Stand der Verankerung und Umsetzung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) auf allen Stufen des Zürcher Bildungssystems sowie den Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der BNE zu beschreiben. Dabei sind aktuelle (inter)nationale Entwicklungen zu berücksichtigen.

Karin Fehr Thoma
Edith Häusler

Begründung:

Bildung spielt bei der Förderung einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle. Die BNE ist ein gesamtinstitutioneller und ein umfassender handlungsorientierter Bildungsansatz. Umwelt- und Menschenrechts-, politische und ökonomische Bildung gehören ebenso dazu wie die Gesundheitsförderung oder das globale Lernen. Die individuelle und kollektive Reflexions- und Gestaltungskompetenz sollen damit weiterentwickelt werden.

Bildung, Forschung und Innovation sind auch in der fünften bundesrätlichen Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016 – 2019 als zentrales Handlungsfeld aufgeführt. Der Bund will die nachhaltige Entwicklung noch besser im schweizerischen Bildungssystem verankern und sie von der Volksschule auf sämtliche Bildungsbereiche ausweiten. Im Lehrplan 21 sind BNE und BNE-relevante Kompetenzen bereits integriert. Sie sollen nun auch in den Lehrplänen der Berufsschulen und Gymnasien mehr Gewicht erhalten. Für die Hochschulen und die Berufsbildung sind Nachhaltigkeitsaufträge im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz sowie im Berufsbildungsgesetz festgeschrieben.

Das 2013 gegründete nationale Kompetenz- und Dienstleistungszentrum *éducation21* unterstützt die Verankerung und Umsetzung von BNE im Bildungssystem Schweiz, insbesondere in den Schulen der Primar- und Sekundarstufen I und II.

Nicht systematisch erfasst ist, wie BNE bis heute in den kantonalen Bildungssystemen verankert und umgesetzt worden ist und weiterentwickelt werden soll. Auch für den Kanton Zürich fehlt eine entsprechende Bestandsaufnahme über bereits ergriffene und vorgesehene Massnahmen im Bereich BNE.

Der vom Regierungsrat gewünschte Bericht soll diese Informationslücke schliessen und insbesondere folgende Themenbereiche näher beleuchten:

- Institutionelle Verankerung und Umsetzung
- Curriculare Verankerung und didaktische Umsetzung
- Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften/Dozierenden und Berufsbildnerinnen und Berufsbildner
- Lehr- und Lernmedien
- Zusammenarbeit mit ausserschulischen Akteuren
- Information von Schulbehörden, Schulleitungen/Rektoren und Lehrpersonen/Dozierenden
- Schulnetz21: Gesundheitsfördernde und nachhaltige Schulen
- Monitoring der Umsetzung
- Zuständigkeiten in der Bildungsdirektion

Der Bericht soll zudem der Frage nachgehen, wie eine kantonsweite Strategie für BNE und deren Integration in die Legislaturplanung des Regierungsrats mit Legislaturzielen und -massnahmen die Umsetzung von BNE im Kanton Zürich weiter befördern kann.